



Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Bundesministerium für
Arbeit, Soziales und
Konsumentenschutz
Stubenring 1
1010 Wien

per E-Mail

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Bundesgesetz über
das privatrechtliche Arbeitsverhältnis von Hausbesorgerinnen
und Hausbesorgern 2011 (Hausbesorger/innengesetz 2011)
erlassen sowie das Arbeitszeitgesetz und das Arbeitsruhegesetz
geändert werden; Ressortstellungnahme**

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung nimmt zu dem mit Schreiben vom 18. Mai 2010 zur Begutachtung ausgesandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Bundesgesetz über das privatrechtliche Arbeitsverhältnis von Hausbesorgerinnen und Hausbesorgern 2011 (Hausbesorger/innengesetz 2011) erlassen sowie das Arbeitszeitgesetz und das Arbeitsruhegesetz geändert werden, wie folgt Stellung:

Angesichts der bisherigen Reformbemühungen sowie angesichts der Möglichkeiten, die die geltende Rechtslage bietet, ist der Bedarf für das gegenständliche Gesetzesvorhaben „Hausbesorger/innengesetz 2011“ nicht nachvollziehbar.

Zahlreiche Regelungsgegenstände des Gesetzesvorhabens sind ohnedies Gegenstand des allgemeinen Arbeitsrechts und bedürfen keiner gesonderten Regelung bzw. fänden in anderen Rechtsnormen einen adäquateren Regelungsort. Zu Hinterfragen ist jedenfalls auch die Notwendigkeit der Kostensteigerungen für Hauseigentümer/innen und Mieter/innen, von der das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz selbst bei der Umstellung der Hausbesorgungsarbeiten auf Basis des Hausbesorger/innengesetzes 2011 ausgeht (siehe § 18 Abs. 2 des Begutachtungsentwurfs).

Geschäftszahl: BMWF-90.510/0008-III/FV/2010
Sachbearbeiter/in: Dr. Iris Hornig
Abteilung: III/FV
E-Mail: iris.hornig@bmwf.gv.at
Telefon/Fax: (+43) 01/53120-92376 / 53120-8192376
Ihr Zeichen: BMASK-462.212/0012-VII/7/2010

Antwortschreiben bitte unter Anführung der Geschäftszahl.
Dieses Dokument wurde mittels e-Mail vom Verfasser zu Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhaltes wird von der Parlamentsdirektion keine Haftung übernommen.
Ministerplatz 5, 1014 Wien
www.bmwf.gv.at
www.parlament.gv.at

Abschließend ist auf den Widerspruch zum Regierungsprogramm hinzuweisen. Dieses hat eigentlich eine Neukodifizierung des Arbeitsrechtes sowie die Schaffung eines Arbeitsvertragsrechts nach Vorschlägen der Sozialpartner zum Ziel hat.

Wien, 16. Juni 2010

Für die Bundesministerin:

Dr. Iris Hornig

Elektronisch gefertigt